

Editorial



Susana Cid Jovic
Vorsitzende des SPD-Ortsvereins

Liebe Leserinnen und Leser,

was bewegt die Gemüter in der Hammersbacher Kommunalpolitik derzeit besonders? Sicherlich der Versuch der neuen Koalition aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen, durch eine Klage die Westerweiterung des Gewerbegebietes Limes in letzter Sekunde noch zu verhindern oder wenigstens „die Logistik“ dort durch kleinteilige Bebauung zu ersetzen. Weil Bürgermeister Michael Göllner dagegen seinen Widerspruch eingelegt hat, klagt Grün-Schwarz zunächst auch gegen den Bürgermeister. Was wir davon halten, können sie gleich in unserem ersten Beitrag lesen.

Noch mehr Hintergrund bietet Ihnen der nächste Beitrag über eine bedeutende Unternehmensansiedlung, die die Koalition verhindern möchte. Viel Text, aber unbedingt lesenswert!

Damit daneben nicht untergeht, wie wir Sozialdemokraten versuchen, weiter unsere Gemeinde mitzugestalten, können Sie in weiteren Beiträgen auch darüber einiges lesen.

Beste Grüße, eine schöne, besinnliche Adventszeit! Bleiben Sie gesund!

Sie haben es tatsächlich getan

Grün-Schwarz klagt gegen den Bürgermeister

Grün-Schwarz klagt gegen Bürgermeister Michael Göllner, um im Erfolgsfall dann auch gegen die Westerweiterung des Gewerbegebietes Limes klagen zu können.

In einer eigens einberufenen Sondersitzung wurde das mit einer Stimme Mehrheit in der Gemeindevertretung so beschlossen.

Die Koalition beauftragte ihre Fraktionsvorsitzenden Antje Schöny und Alexander Kovacsek, die Gemeindevertretung im Antrags- und Klageverfahren vor dem Verwaltungsgericht gegen Bürgermeister Göllner zu vertreten. Der Hanauer Anwalt Thomas Eichhorn, der auch für die Bürgerinitiative Schatzboden schon tätig war, wird mit der Durchführung der gerichtlichen Verfahren beauftragt. Die Prozesskosten sollen aus dem Haushalt der Gemeinde bezahlt werden.

Warum prozessieren die Koalitionäre?

Die grün-schwarze Koalition hat keine politischen Mittel! Denn der Widerstand gegen die Westerweiterung des Gewerbegebietes kommt um Jahre zu spät. Die dafür passenden Momente wurden über Jahre nicht genutzt. Für die jetzt vorgetragenen alternativen Vorstellungen der Hammersbacher CDU waren politische Mehrheiten nicht zu gewinnen oder es wurde gar nicht erst versucht. Im zuständigen Zweckverband Limes hat die CDU jedenfalls bis zum Juli dieses Jahres nie etwas Derartiges beantragt. Nach fünf Jahren stellte man nun einen Last-minute-Antrag, der aber nicht direkt darauf abzielte, die alternativen Vorstellungen der CDU umzusetzen. Beantragt wurde nur die Vertagung der Offenlage des Bebauungsplanes zur Westerweiterung und die Bitte, sich von der Wirtschaftsförderung Wetterau beraten zu lassen, ob und wie in der Westerweiterung ein Gewerbegebiet für kleine und mittlere Unternehmen aus

der Region umgesetzt werden kann. Eine auch nur annähernd beschlussfähige Alternative zu den seit 2016 entwickelten Plänen der Zweckverbandsversammlung

stand nicht zur Debatte. Irmgard Beck, Vertreterin der Grünen aus Hammersbach, verteilte immerhin in der letzten Sitzung des Zweckverbandes einen auf einer DIN A4-Seite kopierten Plan-Entwurf aus einer Schatzboden-Broschüre und erklärte, dies sei ein Vorschlag zur kleinteiligen Bebauung, über den es sich nachzudenken lohne. Aber auch daraus folgte kein Antrag. Wusste sie, dass es dafür keine Mehrheit im Verband geben würde?

Macht das alles Sinn?

Nein. Alle dafür legitimierten Gremien haben ihre Beschlüsse zur Unterstützung der Westerweiterung des Gewerbegebietes längst gefasst. 2016 stimmten die Gemeindevertreter und Stadtverordneten von Büdingen, Hammersbach und Limeshain mit großen Mehrheiten der West-Erweiterung zu und übertrugen die Planungshoheit dafür an den Zweckverband Interkommunales Gewerbegebiet Limes. Die Versammlung des Zweckverbandes hat inzwischen nach einem geordneten Verfahren den Bebauungsplan „Gewerbegebiet Limes – Erweiterung-West“ beschlossen. Die Regionalversammlung Südhessen stimmte schon vor einiger Zeit der nötigen Änderung des Regionalen Flächennutzungsplans zu, und als letztes Gremium bestätigte auch die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Frankfurt/RheinMain diese Änderung mit der großen Mehrheit von SPD, CDU und FPD. Auch die Vertreter der CDU ließen sich ▶



Fortsetzung von Seite 1

von der Argumentation ihrer Hammersbacher Parteifreunde nicht beeindrucken.

Was politisch nicht aufzuhalten war, landet nun vor Gericht. Grün-Schwarz hat sich so entschieden und versucht auf der dünnen Grundlage eines nur wenige Zeilen umfassenden „Rechtsgutachtens“ anzufechten, was in einer langen Reihe von Beschlüssen demokratisch entschieden wurde. Der Gemeindevertretung wurde weder ein vollständiges Gutachten vorgelegt noch war man bereit, den Autor zu nennen.

Wieso wird gegen den Bürgermeister geklagt?

Bürgermeister Göllner hat gegen die Absicht der grün-schwarzen Koalitionäre Widerspruch eingelegt. Das verlangt die Hessische Gemeindeordnung von ihm, wenn Beschlüsse geltendes Recht oder das Wohl der Gemeinde verletzen. Seinen Widerspruch hat er auf neun Seiten ausführlich begründet. Bei der Koalition erreichte er damit leider nichts. Wenn die Koalitionäre juristisch weiterkommen wollen, müssen sie zunächst den Widerspruch des Bürgermeisters gerichtlich aus dem Weg räumen. Das versuchen sie jetzt.

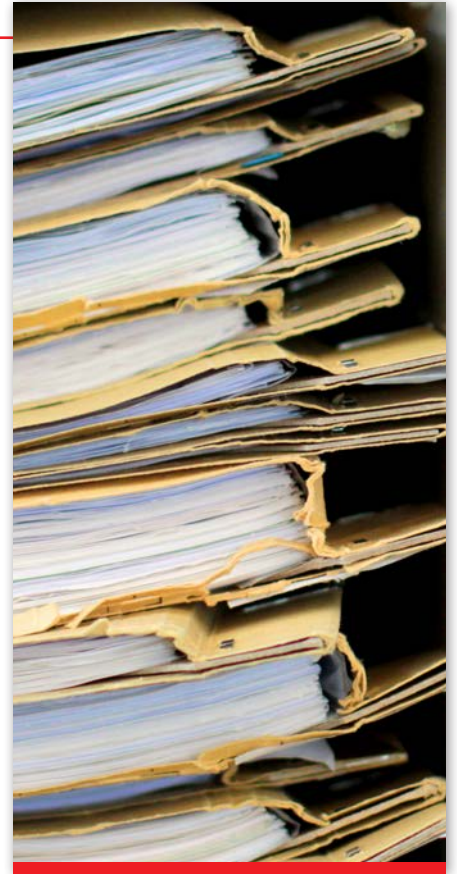
Dürfen die das?

Ja, juristisch-formal betrachtet ist das durchaus ihr gutes Recht.

Aber es gibt Alternativen: Man könnte einfach die Realitäten und demokratisch getroffene Entscheidungen anerkennen, man könnte zugeben, dass man um Jahre zu spät kommt und die Klage gegen die Westerweiterung und den Bürgermeister fallen lassen. Man könnte anerkennen, dass die SPD eine kleinteiligere Entwicklung für die Osterweiterung angeregt hat und dass der Verbandsvorstand das unterstützt.

Aktueller Stand

In der Gemeindevertretersitzung am 7. Dezember legten die Beauftragten Kovacsek und Schöny die Texte der Klage und des Eilantrages des beauftragten Rechtsanwaltes gegen Bürgermeister Göllner vor. Was beim Beschluss der Gemeindevertretung noch keine Substanz hatte, wird nun deutlicher. Ob das stichhaltig ist, entscheidet nun das Verwaltungsgericht. Wir bedauern, dass es soweit gekommen ist. ■



Hager Group

Ein Unternehmen will nach Hammersbach

Wenn Unternehmen dicht machen

Es gibt zahlreiche Beispiele für Firmen in unserer Region, die gerade ihren Standort schließen und Arbeitsplätze abbauen. Für die betroffenen Mitarbeiter und die Kommunen sind das schlimme Nachrichten, und in der Regel versucht die Politik – parteiübergreifend – mit aller Kraft dagegenzuhalten.

Man stelle sich ein deutsches, inhabergeführtes mittelständisches Unternehmen vor, das wirtschaftlich sehr gute Zahlen schreibt und mit seinen technischen Innovationen ganz auf der Höhe der Zeit ist. Dieses Unternehmen zahlt regelmäßig einen hohen sechsstelligen Betrag an Gewerbesteuer und bietet 200 Arbeitsplätze.

Nun stellen wir uns vor, dieses Unternehmen würde den Betrieb in unserer Region schließen. Würden irgendein führender Politiker aus der Landes- und Bundespolitik diese Schließung bejubeln? Undenkbar!

Wenn sich Unternehmen neu ansiedeln

Bei uns spielt sich derzeit ein vergleichbarer Vorgang ab. Nur geht es nicht um eine Betriebsschließung, sondern um eine beabsichtigte Neuansiedlung.

Ein renommiertes Familienunternehmen, die Firma Hager, will sich hier in Hammersbach neu ansiedeln, um Vertrieb und Logistik zusammenzuführen und auf neue Beine zu stellen. Ein verlässlicher Investor ist bereit, die Immobilie zu bauen. Die zuständigen Gremien in der Kommunalpolitik haben seit Jahren die Weichen für diese Ansiedlung gestellt. Die übergeordneten regionalen Gremien fassten mit großen Mehrheiten ebenfalls die entsprechenden Beschlüsse. Also, alles prima?

Wenn die Gegner vor Gericht ziehen

Nein, CDU und Grüne in Hammersbach wollen diese Entscheidungen rückabwickeln. Die Ansiedlung von Hager – und damit die Schaffung

von Arbeitsplätzen und nachhaltig hohe Steuereinnahmen – soll unbedingt verhindert werden. Gerade von der als wirtschaftsfreundlich angesehenen CDU würde man so etwas eigentlich nicht erwarten. Und tatsächlich unterstützt die CDU sowohl in der Regionalpolitik wie auch aus der Landespolitik ausdrücklich diese Ansiedlung. Nur die CDU vor Ort hat sich zusammen mit den Grünen in den Widerstand begeben. Weil es politisch dazu keine Möglichkeiten mehr gibt, wird nun sogar geklagt. Grün-Schwarz bemüht die Gerichte.

Die Grünen haben ihr Wahlversprechen, die Westerweiterung des Gewerbegebietes vollständig zu verhindern, sang- und klanglos aufgegeben und sich der Position der CDU angeschlossen. Der Bodenschutz ohne Wenn und Aber spielt keine Rolle mehr. Man möchte nun gemeinsam „die Logistik“ verhindern. Stattdessen soll es eine kleinteilige Entwicklung mit regionalen Firmen geben. Klingt erst mal gut, doch ist das stichhaltig? ►



Dann muss man das genauer beleuchten

Neben der Frage, wie vertretbar es ist, über Jahre Beschlüsse zu fassen, Geld für Planungen und Verfahren auszugeben, Verträge mit Unternehmen zu schließen, die hohe Vorinvestitionen tätigen, um dann kurz vor Baubeginn einfach so alles platzen zu lassen, macht es natürlich auch Sinn, sich mit den neuen grün-schwarzen Ideen einmal genauer zu befassen.

Auch wir – und die Mehrheit im Interkommunalen Gewerbegebiet Limes – wollen einen Mix von Unternehmen ansiedeln. Doch zu einem Mix gehören auch Firmen mit einem großen Flächenbedarf. Wenn nicht an einem Standort wie diesem, wo sonst kann man Flächen bereitstellen, an denen große Bauvorhaben möglich sind? Der Landesentwicklungsplan sieht jedenfalls ausdrücklich solche Standorte direkt an der Autobahn vor. Noch besser ist es sogar, wenn es wie bei uns im interkommunalen Verbund geschieht.

Ist Logistik schlecht?

Schauen wir mal hin, was Hager hier vorhat: Jedes Produkt, das produziert wird, muss auch vertrieben werden. Diese Vertriebs- oder Logistik-Prozesse müssen effektiv gestaltet werden. Die Firma Hager hat sich entschieden, an ihren anderen Standorten Platz für neue Produktionskapazitäten zu schaffen. Vertrieb und Logistik sollen dafür gebündelt werden. In der Mitte Deutschlands wurde ein Standort gesucht, der das ermöglicht. Dieser Standort wurde in Hammersbach gefunden.

Der Entscheidung ging ein langes Auswahlverfahren voran. Die Dietz AG als Investor konnte das geeignete Grundstück anbieten, denn der Zweckverband hatte schon vor Jahren einen städtebaulichen Vertrag mit Dietz abgeschlossen, der für Planungssicherheit sorgte.

Dietz und Hager schlossen einen Mietvertrag ab und konnten sich dabei darauf verlassen, dass der Zweckverband vertragstreu ist und das not-

wendige mehrstufige Verfahren korrekt abwickelt. Die Regionalplanung und der Zweckverband trieben ihrerseits aufgrund des Mietvertrages die Planungen voran. Die Fläche wurde nicht einfach auf Vorrat ausgewiesen, sondern weil sie von einem Unternehmen, das sich dort ansiedeln will, dringend benötigt wird.

Genau das hatte die örtliche CDU einmal gefordert. Es sei schlecht, so die CDU damals, wenn man nicht schon im Vorfeld die Firmen kenne, die sich ansiedeln wollen. Die Forderung wurde erfüllt. Mit Hager wurde ein deutsches Top-Unternehmen gewonnen. Aber die Hammersbacher CDU blieb bei ihrer ablehnenden Haltung. An wohl jeder anderen Stelle wäre man froh, diesen dicken Fisch an Land gezogen zu haben.

Ist kleinteilige Entwicklung besser?

Die Alternative einer kleinräumigen Entwicklung wäre grundsätzlich möglich. Aber man muss sich natürlich fragen, ob sie überhaupt vorteilhaft wäre. Die Flächen könnten aufgrund der Lage und der Topografie nur schwer erschlossen werden. Auch ein größerer Flächenverbrauch wäre die zwangsläufige Folge. Geht man von der bei Gewerbegebieten üblichen Ausnutzung aus, ist das ein klarer Nachteil gegenüber der jetzigen Planung. Zur Autobahn sind Abstände einzuhalten, die die tatsächlich nutzbare Fläche weiter verringern. Am Ende gäbe es nicht weniger Versiegelung und Flächeninanspruchnahme, sondern mehr.

Gäbe es mehr und „bessere“ Arbeitsplätze und wären höhere Steuereinnahmen zu erzielen? Gäbe es weniger Verkehr? All das ließe sich nur beantworten, wenn man wüsste, welche kleinen Unternehmen sich einmal dort ansiedeln möchten. Man weiß darüber aber nichts und kann nur spekulieren.

Tatsache ist, dass die Nachfrage nach Gewerbeflächen durchaus gestiegen ist. Deshalb haben die drei Bürgermeister auch vorgeschlagen, in der geplanten Osterweiterung eine solche kleinteiligere Entwicklung vorzusehen. Denn hier ist die Erschließung wesentlich einfacher. ■

Wir begrüßen zwei neue Mitglieder

Andre Schmaloeer

„Die Liebe hat mich nach Hammersbach verschlagen. Meine Lebensgefährtin ist Ortsvereinsvorsitzende. Dadurch habe ich schnell Genossinnen und Genossen kennengelernt und einen Eindruck von den Tätigkeiten der SPD in Hammersbach gewonnen. Da soziales und solidarisches Miteinander für mich wichtige Grundpfeiler einer Gesellschaft sind, war für mich klar: Hier will ich mich einbringen.“

Janina Quanz

„Ich lebe seit meiner Geburt mit meiner Familie in Hammersbach und kann mir nicht vorstellen, woanders zu wohnen. Die SPD hat Hammersbach über viele Jahre stetig weiterentwickelt und dafür gesorgt, dass die Menschen sich hier wohlfühlen und auch junge Familien in Hammersbach ihr Zuhause finden! Aus diesem Grund ist es mir wichtig, mich hier in unserer Gemeindepolitik mit einzubringen. Mitwirken ist besser als zuschauen! Natürlich bei der SPD.“



Wegepaten

Der lange Weg zum Beschluss

Die Idee ist ganz einfach: der Gemeindevorstand soll dazu aufrufen, Bürgerinnen und Bürger dafür zu gewinnen, sich als „Wegepaten“ in der Freizeit um die Rad- und Wanderwege zu kümmern. Also zu kontrollieren, ob die Beschilderung vorhanden und korrekt lesbar ist, ob die Wege sauber sind, eventuelle Schlaglöcher melden usw.

Wir dachten, eine gute Idee, die doch sicher eine breite Mehrheit im Parlament finden wird und keiner großen Diskussionen bedarf. Doch wir haben nicht mit dem „neuen Politikstil“ der schwarz-grünen Koalition gerechnet. Direkt ablehnen wollte man den Antrag wohl nicht, also hat man Fragen aufgeworfen und Bedenken geäußert. So ist der Antrag über mehrere Sitzungsrunden im Ausschuss verblieben, wo zuletzt durch eine schriftliche Bestätigung die Frage geklärt werden musste, ob denn der Versicherungsschutz der Paten gewährleistet ist, die womöglich bei der Begehung eines solchen Weges irgendein Risiko eingehen. Nachdem auch diese hohe Hürde überwunden war, konnte endlich der Beschluss gefasst werden. Geht doch! ■



1-Euro-Tarif für Hammersbach

Mal eine gute Nachricht! Seit dem 12. Dezember gilt der Ein-Euro-Tarif für Busfahrten auf allen Strecken innerhalb Hammersbachs. Dank an Bürgermeister Michael Göllner, der an diesem dicken Brett lange bohren musste! Wir haben schon lange für diese Lösung geworben und freuen uns, dass es endlich gelungen ist.

Jetzt können die Hammersbacher innerhalb der Gemeinde für einen Euro zum Einkaufen, zur Bank, zum Arzt oder zu Veranstaltungen fahren. Für alle ohne Auto ein echter Gewinn! Und wenn der eine oder die andere das Auto mal stehen lässt und stattdessen den Bus nutzt, ist das ein kleiner Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel.



Gestaltung unserer Gemeinde

SPD-Anträge nach der Wahl

Unsere Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter beschließen Bbauungs- und Haushaltspläne, schaffen die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Kinderbetreuung oder sorgen dafür, dass Straßen und Bürgerhäuser gebaut werden. Neben solchen Beispielen gibt es auch viele kleine Dinge, mit denen die Vertreter aller Parteien versuchen, Akzente für eine gute Gestaltung unserer Gemeinde zu setzen.

Die SPD hat zügig nach der Kommunalwahl ihre ersten Impulse gegeben und Anträge gestellt. Was wurde aus diesen Initiativen?

- Streuobstwiesen retten ► gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
- Lokalen Folgen des Klimawandels vorbeugen ► gemeinsamer Antrag aller Fraktionen
- Fachärzterversorgung verbessern ► beschlossen
- Wegepaten für Rad- und Wanderwege gewinnen ► beschlossen
- Jugendarbeit der Vereine unterstützen / Vereinsförderung verbessern ► beschlossen
- Barrierefreiheit sichern ► abgelehnt
- für Transparenz u. Sachverstand beim „Waldumbau“ sorgen ► abgelehnt
- Bauabschnitt 2 im Gebiet „Auf der großen Burg“ einleiten ► abgelehnt
- Projekt „Bürgerbäume“ prüfen ► weitere Behandlung im Fachausschuss

Man sieht, die SPD musste in einigen Punkten Mehrheitsentscheidungen hinnehmen, die ihre Vorschläge verhinderten. Besonders tragisch ist aus Sicht der SPD, dass die weitere Entwicklung des Baugebietes „Auf der großen Burg“ ausgebremst wurde.

Wie man auch sieht, wurden manche SPD-Anträge am Ende auch durch die grün-schwarze Koalition unterstützt. Allerdings war dafür manchmal ein sehr langer Atem nötig, ähnlich wie bei den Themen, die schließlich in gemeinsamen Anträgen aller Fraktionen mündeten. Darüber mehr in den folgenden Beiträgen und im Beitrag oben.

Wie kann man die wertvollen Streuobstwiesen erhalten?

Die Gemeinde ist seit vielen Jahren im Bereich Streuobst engagiert. Gemeinsam mit dem Obst- und Gartenbauverein, dem Landschaftspflegeverband oder der Apfelwein und Obstwiesenroute. Mittlerweile ist dies auch – und dabei war unser Bürgermeister wesentlich beteiligt – ein regionales Thema. Der Regionalverband Frankfurt/RheinMain hat inzwischen sogar einen eigenen Streuobstbeauftragten.

Darüber hinaus ist unsere Gemeinde Mitglied im Verein MainÄpple-Haus, der so etwas wie der Kern in der Region für das Thema Streuobst ►



Fortsetzung: Gestaltung unserer Gemeinde

ist. Die mobile Kelterei des MainÄppleHauses kommt regelmäßig auch zu uns nach Hammersbach und wird sehr gut angenommen.

Auch wenn das Thema Streuobst mittlerweile im politischen Bewusstsein gereift ist, sind viele Probleme nicht gelöst. Wir können auf der einen Seite seit Jahren viele interessante Aktivitäten und Initiativen um das Thema Streuobst beobachten. Viele junge Leute keltern wieder selbst Apfelwein und pressen ihren Apfelsaft. Junge Familien interessieren sich dafür, dass regionale Produkte nicht nur gut schmecken, sondern wegen der kurzen Wege auch gut für die Umwelt sind.

Aber wenn wir mit offenen Augen durch die Landschaft gehen, sehen wir andererseits, dass an vielen Stellen auch Streuobstbestände verfallen. Alte Bäume werden nicht gepflegt, werden nicht ersetzt. Misteln breiten sich aus. Es wird nicht nachgepflanzt. Die Wiesen werden überweidet. Dies sind wohl die drängendsten Probleme.

Mit unserem Antrag wollten wir diese Probleme anpacken. Die Koalition setzte uns dann alternative Vorstellungen entgegen, und vermutlich hätten wir noch lange mühevoll um Kompromisse gerungen, wenn nicht Bürgermeister Göllner ein Angebot des Landschaftspflegeverbandes vermittelt hätte, das für uns alle mehr als annehmbar war. Von der Bestandsaufnahme vor Ort über die Finanzierung bis zum Pflegeplan und der Beratung der Grundstücksbesitzer wird uns alles geliefert. Mit einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen wurde diese Lösung schließlich unterstützt.

Wie können die Auswirkungen des Klimawandels abgemildert werden?

Der Klimawandel geht uns alle etwas an. Das haben wir auch in Hammersbach leidvoll miterleben müssen: Schlammlawinen von höher liegenden Äckern bis in die bebauten Ortslagen, überflutete Straßen und Keller durch Starkregen oder Hitzeperioden, und damit gravierende Auswirkungen auf Land- und Forstwirtschaft, sind auch bei uns schon vorgekommen und werden voraussichtlich zunehmen.

Wie schaffen wir es, die Belastungen durch den Klimawandel, die jetzt auch bei uns spürbar sind, in ihren Auswirkungen abzumildern? Klimaresilienz war deshalb das zentrale Thema des SPD-Antrags.

Mit diesem Antrag wollen wir alle interessierten Bürgerinnen und Bürger motivieren, Ihre Expertise zum Wohl unserer Gemeinde einzusetzen. Wir sehen die Vorsorge gegen die Folgen des Klimawandels als Gemeinschaftsaufgabe. In der Vergangenheit haben wir bei der Agenda 21 oder mit dem Energie-Team sehr gute Erfahrungen mit der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern gemacht. Daran wollen wir auch bei diesem wichtigen Thema anknüpfen. Weil es uns alle etwas angeht.

Klima-Resilienz und Klimaschutz sollen auch im Alltag integriert werden. Wir sind uns sicher, dass wir Bürgerinnen und Bürger finden, die gerne dabei mithelfen, auch Alltagssituationen nachhaltig zu lösen. Jede/jeder mit der jeweiligen Kompetenz ist herzlich eingeladen, diese zum Wohl der Gemeinde einzubringen.

Für die Formulierung des Antrags konnte nach einigem Hin und Her ein Kompromiss mit CDU und Bündnis 90/Die Grünen gefunden werden. Dieses Thema liegt uns allen am Herzen und verdient es, dass wir uns gemeinsam dafür anstrengen. ■

Geduldig und konstruktiv

Nach der Kommunalwahl im März haben sich die Mehrheitsverhältnisse in der Gemeindevertretung geändert. Mit knapp 47 % der Wählerstimmen und 11 Sitzen stellt die SPD zwar mit großem Abstand die stärkste Parlamentsfraktion. Aber CDU und Grüne taten sich zusammen, bilden nun eine Koalition und verfügen mit 12 zu 11 Sitzen über eine knappe Mehrheit.

Das gefällt nicht jedem, aber man muss es respektieren, und das tun wir.

Die SPD sitzt nicht schmollend in der Ecke, sondern arbeitet konstruktiv, geduldig und kompromissbereit in der Gemeindevertretung mit.

Das kann man nach den ersten Monaten sehr gut belegen:

- Bisher wurde in der Gemeindevertretung über 39 Anträge des Gemeindevorstandes, der Koalition und der SPD entschieden, von denen 23 einstimmig beschlossen wurden.
- Die SPD stimmte 10 Anträgen der Koalition zu oder enthielt sich (3-mal), manchmal sogar dann, wenn vorher eigene Alternativen abgelehnt worden waren.
- Auch gemeinsame Anträge aller drei Fraktionen wurden von der SPD unterstützt, um gute Ideen zusammenzuführen.
- Umgekehrt fanden auch 3 Anträge der SPD die Zustimmung der Koalition.

Aber natürlich gibt es auch solche Punkte, bei denen man sich einfach nicht verständigen kann. Deshalb hat die SPD einigen Anträgen der Koalition **NICHT** zugestimmt:

- Der Einrichtung eines Jugendbeirates, bei dem die Jugendlichen ihre Vertreterinnen und Vertreter „zunächst“ nicht selbst wählen dürfen.
- Der Stilllegung von 10 Prozent unseres Waldes als sogenanntem Naturwald.
- Einem überflüssigen Auftrag an Bauhof und Gemeindevorstand, zu prüfen, ob im Bauhof Maschinen und Geräte mit Akkus eingesetzt werden können – denn das ist längst geübte Praxis.

und vor allem **NICHT**:

- Allen Anträgen der Koalition, gegen längst getroffene Entscheidungen zum Gewerbegebiet Limes zu klagen,
- und allen Anträgen, Bürgermeister Michael Göllner zu verklagen, weil er dagegen pflichtgemäß Widerspruch eingelegt hat.

Die Koalition hat ihrerseits den wohl wichtigsten Antrag der SPD abgelehnt: Wir wollten erreichen, dass die bereits auf Gemeinkosten erstellte Machbarkeitsstudie für das Baugebiet „Große Burg“ öffentlich vorgestellt wird und dass die ersten Schritte zum zweiten Bauabschnitt zügig eingeleitet werden. Das abzulehnen, war aus unserer Sicht eine große Fehlentscheidung. Wir waren der Auffassung, dass die starke Nachfrage nach Wohnraum Antworten durch geeignete und zeitnahe Angebote verlangt. Diese Chance wurde vertan.

Wie auch immer, wir bleiben geduldig, konstruktiv und kompromissbereit. ■



*Wir wünschen Ihnen ein schönes Fest
und einen guten Rutsch ins neue Jahr!*

Ihre SPD Hammersbach



Kontakt & Impressum

Herausgeber: SPD-Ortsverein und SPD-Fraktion Hammersbach
ViSPD: Wilhelm Dietzel, Vorsitzender der SPD-Fraktion
Susana Cid Jovic, Vorsitzende des SPD-Ortsvereins
Redaktion: Wilhelm Dietzel, Susana Cid Jovic
Auflage: 2500 Stück
Gestaltung: mainblick marketing & mediengestaltung, Hanau
www.mainblick.de

SPD-Ortsverein Hammersbach
Susana Cid Jovic
Am Galgenberg 7
63546 Hammersbach
Telefon: 0 61 85 / 5039677
E-Mail: fragen@spd-hammersbach.de
Internet: www.spd-hammersbach.de

#hammersbachliebe



SPD

